

WIRTSCHAFT



«Ständiges
Vergleichen
macht
unglücklich»

Die **Wirtschaftlichkeit** des Glücks

Der Zürcher Bruno S. Frey ist einer der meistzitierten Ökonomen der Gegenwart. Er findet, dass Gleichheit zur Obsession geworden ist, und hält Lohn-gleichheit für einen alten Zopf.

RENÉ SCHEU* INTERVIEW
UND THOMAS MEIER FOTOS

Ein Montagnachmittag in Bruno S. Freys Wohnung im Zürcher Seefeld. Der Gastgeber ist in aufgeräumter Stimmung. Sein Auftritt trägt zu diesem Eindruck bei: hellblaues Hemd, gelbe Hosen, farblich passende Socken und Halbschuhe mit makellos weissen Sohlen. Sobald das Gespräch beginnt, sprüht der politische Ökonom mit Zügen zur Freigeisterei – einer der Letzten seiner Art – vor Einfällen. Ein Stockwerk tiefer arbeiten die Nachwuchsleute des Forschungsinstituts, das er mit seiner Frau Margit Osterloh gegründet hat.

Herr Frey, es gibt einen alten Begriff, der hierzulande neu die Runde macht: Wirtschaftsfeindlichkeit. Ist das ein mediales Phänomen – oder ein reales?
Bruno S. Frey: Die Wirtschaftsfeindlichkeit gibt es wirklich. Oder sagen wir besser: Misstrauen gegenüber der Wirtschaft.

Woher kommt dieses Misstrauen?
Ich sehe zwei Entwicklungen, die bisher wenig erforscht sind. Erstens: Der Staat hat sich in der jüngeren Vergangenheit gewaltig ausgeweitet. Die Zahl seiner Angestellten ist laufend gewachsen, auch relativ zur arbeitenden Bevölkerung. In der Schweiz arbeiten über 400 000 Menschen für den Staat, zwölf Prozent mehr als 2011. Und die denken naturgemäss weniger ans Erwirtschaften von Geld als ans Verteilen.

Halt! Staatsangestellte müssten ja wirtschaftsfreundlich sein, denn die Wirtschaftsakteure zahlen über Steuern deren Löhne. Man beisst nicht die Hand, die einen füttert.
Schön gedacht, aber das zielt leider an der Wirklichkeit vorbei. Die Wirtschaft liegt für Leute mit faktisch lebenslanger Anstellung fern, ihre Probleme bleiben abstrakt. Unternehmen geraten vor allem in den Blick, wenn sie sich über staatliche Regulierungen beklagen oder Skandale produzieren. Aber es gibt noch einen anderen Grund für das Misstrauen gegenüber der Wirtschaft.

Ich bin gespannt. Welcher?
Frauen. Es gibt einen gut dokumentierten Gendergap im Wahlverhalten, der anders als die Unterschiede zwischen Männern und Frauen in der Entlohnung wirklich existiert. Frauen wählen eher linksrot und linksgrün, weil sie staatliche Lösungen in umwelt-, sozial- und ge-

schlechterpolitischen Fragen grundsätzlich begrüssen.

Frauen wählen eher links – wie kommen Sie darauf?
Frauen arbeiten oftmals in staatlichen oder staatsnahen Branchen, etwa Bildung oder Betreuung, und die gelten als besonders progressiv. Heute sind nun mal die Linken die Hüter des Staates. Das war bekanntlich nicht immer so. 1968 waren die Linken die Speerspitze der Staatskritik. Noch 1980 wollten sie aus dem Staat Gurkensalat machen.

Und die These vom Gender-Pay-Gap ist falsch?
Sie ist falsch geworden. Lohndiskriminierung war lange Zeit ein echtes Thema. Aber Lohnungleichheit meint gleichen Lohn für gleiche Leistung – das ist verwirklicht. Viele Frauen wählen indessen eher Jobs im sozialen als im technischen Bereich, nicht nur in der Schweiz. Und die sind schlechter bezahlt. Die unterschiedliche Bezahlung in unterschiedlichen Bereichen hat mit einem Gender-Pay-Gap nichts zu tun.

Früher haben Wirtschaftsverbände argumentiert: Die Wirtschaft, das sind wir alle. Wer gegen ihre Positionen stimmt, stimmt also gegen sich selbst. Warum verfängt das nicht mehr?
Die meisten Unternehmen in der Schweiz sind Mikro- und Kleinunternehmen mit weniger als 50 Mitarbeitern. Die sind in der öffentlichen Diskussion wenig sichtbar. Die wichtigen Unternehmensverbände hingegen vertreten die grossen Konzerne und ihre Manager, deren Eintreten für die Interessen der Schweiz aber niemanden überzeugt. Einige tendieren dazu, abzuheben. Und die Medien bauschen diese Geschichten gerne auf, denken Sie nur an drei Namen, die nachhallen: Marcel Ospel, Daniel Vasella, Pierin Vincenz.

Ergo?
Ergo müssten Kleinst- und Kleinunternehmer in die Hosen steigen. Sie müssen engagiert erklären, was sie tun. Und ihre Anliegen auch wieder gegenüber der Stimmbevölkerung vertreten.

Später hiess es einige Jahre lang: Wenn die Bürger die Interessen der Wirtschaft nicht stützen, dann wandern die Unternehmen ab. Auch das zieht nicht mehr.
Die Gefahr des Wegzugs besteht weiterhin. Aber weil kaum Unternehmen abgewandert sind, hat sich dieses Argument abgenutzt. Allerdings lässt sich dies auch

**«DIE GRÖßEREN
WIRTSCHAFTSVERBÄNDE
HABEN ABGEDANKT.»**

Persönlich

Bruno S. Frey (80) ist ständiger Gastprofessor für Politische Ökonomie an der Universität Basel und Gründungsmitglied des Crema – Center for Research in Economics, Management and the Art in Zürich. Er zählt zu den meistzitierten europäischen Ökonomen der Gegenwart.

positiv wenden: Die Schweiz bleibt ein attraktiver Standort. Die Institutionen sind leistungsfähig, die politische Verlässlichkeit ist trotz allem höher als anderswo, die Leute sind gut ausgebildet, handwerklich wie akademisch.

Und was ist mit Wirtschaftsverbänden und Wirtschaftsparteien los?
Die FDP ist viel zu abgehoben. Und die grösseren Wirtschaftsverbände wie Economiesuisse und Swissmem haben leider abgedankt. Sie erinnern an schwerfällige bürokratische Kolosse.

Haben Sie eine Idee, wie sich die Bürgernähe des Parlaments erhöhen liesse?
Klar. Mit einer institutionellen Ergänzung. Mein Vorschlag: Es braucht eine dritte Kammer mit Gesetzgebungskompetenz, in die Abgeordnete per Zufall gewählt werden: die Tramfaherin, der Koch, der Coiffeur. Das garantiert Vielfalt, es garantiert gesunden Menschenverstand, es durchbricht Seilschaften und Klüngeleien.

Schöne Idee, aber leider völlig unrealistisch.
Wir tun so, als wären die Institutionen aus dem 19. Jahrhundert der Weisheit letzter Schluss. Das ist völlig welfremd. Die Schweiz braucht mehr Experimentierfreude in institutionellen Fragen. Ich habe vor einiger Zeit vorgeschlagen, neue demokratische Jurisdiktionen zu schaffen, nicht nach dem Territorialprinzip, sondern ausgerichtet auf die Probleme der Leute.

Zum Beispiel?
Okay, es klingt ungewohnt, und ich fasse mich kurz. Ich nenne diese Einheiten «Functional Overlapping Competing Jurisdictions» (FOCJ). Die kann man beliebig über die ganze Schweiz oder über die Landesgrenzen hinaus bilden. Sie haben Steuerhoheit, sind demokratisch legitimiert und fokussieren stets auf ein Problem – zum Beispiel: Gesundheit, also Spitäler. Oder Bildung, also Schulen. Denn fragen Sie sich einmal: Für welche Probleme ist denn beispielsweise der Kanton Zürich genau die richtige Einheit?

Die Menschen wollen aber eine Lebenswelt, die ihnen vertraut ist.
Das sei ihnen auch unbenommen. Sie wohnen ja in meiner ► **Bitte umblättern**

50

Mitarbeiter oder weniger haben die meisten Unternehmen in der Schweiz.

Fortsetzung von Seite 33 ► FOCJ-Welt immer noch am selben Ort, in derselben Stadt, auf demselben Stück Land. Nur werden eben die geografische und politische Vielfalt weitgehend voneinander gelöst. Dafür ist es höchste Zeit – der Nationalstaat ist ein Auslaufmodell. Er entspricht ja gerade nicht der echten Lebenswelt der Menschen. Täler, Regionen, Städte, Agglomerationen sind da viel wichtiger.

Sie haben jüngst die Idee lanciert, Bürgerstimmen unterschiedlich zu gewichten. Das erinnert an das alte Zensuswahlrecht, wonach nur eine Stimme hatte, wer Steuern zahlte oder über Vermögen verfügte. Wollen Sie neue Klassen von Bürgern einführen? Nicht Klassen, sondern Gewichte! Ich würde den 16- bis 18-Jährigen Stimmrechte geben, aber eben weniger stark gewichtete.

Ansonsten haben alle Stimmen das gleiche Gewicht?

Nein. Man kann über die ganze Bandbreite nachdenken. Ich persönlich würde die Stimmen der älteren Bevölkerung höher gewichten, wenn es um grundsätzliche Fragen insbesondere institutioneller Art geht.

Warum denn das?

Ganz einfach: weil sie ihre eigenen Interessen hintanstellen. Denn sie wissen, dass ihre Tage gezählt sind.

In den letzten Jahren haben Sie auch zum Thema Glück geforscht. Wohlstand und Glück korrelieren, aber nur bis zu einem gewissen Punkt. Korrekt?

Ökonomisch gesprochen gibt es einen abnehmenden Grenznutzen von Wohlstand. Zuerst macht Geld extrem glücklicher, zuletzt kaum mehr. Zugespitzt: Wenn sich das Einkommen verdoppelt, verdoppelt sich das Glück nicht.

Gibt es einen Kipppunkt – weil bei Wohlhabenden plötzlich die Verlustängste überwiegen?

In unserer Forschung haben wir nichts Derartiges gefunden. Mehr zu haben, macht glücklicher, aber sozusagen immer weniger mehr ...

Was macht glücklicher, nehmen oder geben?

Zuerst das Nehmen, also das Empfangen. Und mit zunehmendem Wohlstand das Geben. Das ist für einen Ökonomen total überraschend. Aber die Evidenz ist hier eindeutig.

Macht das ständige Vergleichen mit allen anderen eher glücklich oder eher unglücklich?

Unglücklich. Wir vergleichen uns naturgemäss nach oben, nicht nach unten.

Und wer sich nach unten vergleicht?

Der findet ein wenig Glück, allerdings nur für kurze Zeit – auf die anderen her-



Von der Ökonomie des Glücks

abzusehen, erfüllt die Seele nicht mit tiefer Zufriedenheit.

Neuerdings fordern Unternehmensberater und Politiker, dass Firmen die Gehälter aller Mitarbeiter offenlegen. Eine gute oder eine schlechte Idee?

Eine schlechte Idee für die Mitarbeiter. Es gibt empirische Untersuchungen dazu. Manche denken dann: Nun ja, mein Bürokollege verdient mehr, obwohl er nach meinem Dafürhalten weniger leistet. Ungerecht!

Gerechtigkeit meint also: gleicher Lohn für gleiche Arbeit.

Absolut. So empfinden die Menschen.

Woraus folgt: Es ist ein grosses Missverständnis, mehr materielle Gleichheit

mit mehr Gerechtigkeit gleichzusetzen, wie dies Medien und Politik gerne tun.

Es ist ein Kurzschluss. Gleichheit ist zu einer Obsession geworden. Mehr Gleichheit kann ungerecht sein und mehr Ungleichheit gerechter. Es kommt eben auf die Umstände an. Die Unterschiede machen doch den Reiz des menschlichen Zusammenlebens aus!

Ist das Glück im Sinne von Zufall eher ein Gleich- oder ein Ungleichmacher?

Beides. Es macht Gleiche ungleich und Ungleiche gleich. Deshalb ist der Zufall so wichtig für ein Gedeihen der Gesellschaft. Und er wirkt ja unbesehen von Alter, Geschlecht, Religion. Allerdings gibt es eines zu bedenken.

Was denn?

Das Glück stellt sich unverhofft ein – aber man muss es auch beim Schopf packen! Ich habe eben eine Studie gelesen, in der die Autoren überzeugend nachweisen, dass die Beatles mehr oder weniger zufällig zu ihrem Erfolg kamen. Es gab andere Bands zur gleichen Zeit, die gleich gute oder bessere Musik in derselben Stilrichtung machten. Die Beatles waren zur richtigen Zeit am richtigen Ort. Das trifft auch auf viele Manager

und Forscherinnen zu. Sie haben einfach Glück.

Was wiederum folgt daraus?

Glück hat eine entzaubernde Wirkung. Ich würde CEOs per Losverfahren wählen. Natürlich braucht es zuerst einen harten Auswahlprozess. Aber wenn noch fünf mit vergleichbaren Kompetenzen im Rennen sind, die alle die Anforderungen an den Job erfüllen, könnte man den Sieger offiziell per Los küren. Denn seien wir doch ehrlich: Am Ende ist der Entscheid sowieso weitgehend willkürlich. Ein bewusster Zufallsentscheid hätte Vorteile: Niemand muss sich als Loser fühlen, er mindert den Einfluss von Seilschaften, er steigert die Vielfalt. Und es fördert die Bescheidenheit des neuen CEO – das wäre doch im Interesse aller!

Wer Glück hat, sollte dies auch eingestehen – eine schwierige Übung in ehrlicher Selbstbetrachtung!

Klar. Aber eine nützliche. Und wenn Sie mir zum Schluss eine kleine Lebensweisheit in Form eines Wortspiels erlauben: Wer das Glück umarmt, ist glücklicher. ●

*René Scheu ist Philosoph und Geschäftsführer des Instituts für Schweizer Wirtschaftspolitik (IWP) in Luzern.

Bruno S. Frey ist der Meinung, dass uns ständiges Vergleichen mit anderen unglücklich macht.

«IST DIE UNSICHERHEIT VORBEI, GEHTS STEIL BERGAUF. DAS KÖNNTE DIESMAL ANDERS SEIN.»

GOPFRIED STUTZ!

Claude Chatelain
Publizist



Die Börse kennt keine Moral

Sollten die USA gegen den Irak in den Krieg ziehen, werden die Aktienkurse rund um den Globus in die Tiefe sacken, nur um wenig später wieder in die Höhe zu schnellen.» Das schrieb ich am 28. Januar 2003 im Blick und sollte recht behalten.

Vor Kriegsbeginn sank der Dow Jones bis auf 7500 Punkte, Ende Jahr lag er bei 10 400 Punkten, 39 Prozent höher. Ich bin kein Prophet. Doch bei Kriegen läuft es häufig nach dem gleichen Muster ab. Nicht umsonst sagt eine Börsenweisheit: «Kaufen, wenn die Kanonen donnern.»

Über den ethischen Gehalt dieses Börsentipps brauchen wir nicht zu diskutieren. Die Börse kennt keine Moral. Deshalb wollen wir ganz nüchtern der Frage nachgehen, weshalb kriegerische Auseinandersetzungen in vielen Fällen die Aktienmärkte beflügeln.

Börsianer haben nichts so sehr wie Unsicherheit. Kommt der Krieg, kommt er nicht? Die Frage führt zu einer grossen Verunsicherung. Grosse Kursschwankungen und tendenziell tiefere Kurse sind die Folge. Sobald die erste Bombe eingeschlagen hat, lassen sich die wirtschaftlichen Konsequenzen in vielen Fällen besser abschätzen, zumal nicht nur die Rüstungsindustrie von Kriegen profitiert.

Doch jeder Krieg ist anders. Typisch ist im aktuellen Fall, dass am Tag der russischen Invasion in die Ukraine die Aktien auf breiter Front nachgegeben haben, zumal eine grosse Mehrheit der Beobachter nicht mit einer Invasion dieses Ausmasses gerechnet hat. Typisch ist ebenfalls,

dass am Tag danach eine Gegenreaktion zu beobachten war. Seither geht es auf und ab.

Diesmal sind nicht nur der Ausgang der russischen Aggression, sondern auch die Auswirkungen der wirtschaftlichen Sanktionen schwer abzuschätzen. Zudem haben wir eine erstandene Inflation, die wegen der höheren Energiepreise zusätzlichen Schub erhält. Das könnte zu Zinssteigerungen führen, was Aktienmärkten noch nie gut bekommen ist. Und wenn wir daran denken, dass 41 Prozent der europäischen Gasimporte aus Russland stammen – dann gute Nacht. Fragen über Fragen. Die Unsicherheit ist geblieben.

Die «Handelszeitung» hat kürzlich eine Übersicht mit Beispielen publiziert, wie sich die US-Börse nach Kriegsausbrüchen und Terrorattacken entwickelt

hat. 9/11 bescherte der US-Börse einen kumulierten Verlust von 12 Prozent, doch in nur einem Monat haben sich die Kurse bereits wieder erholt. Bei der Invasion von Kuwait durch den Irak im August 1990 verloren US-Aktien insgesamt knapp 17 Prozent; es dauerte ein halbes

Jahr, bis die Aktienkurse das Vorkriegsniveau wieder erreicht haben. Der Angriff der Deutschen auf Polen im September 1939 hatte im Zweiten Weltkrieg kumuliert eine Kurskorrektur von 45 Prozent zur Folge. Bis zur vollständigen Erholung verstrichen 2280 Tage, etwas über sechs Jahre.

Daran wollen wir gar nicht denken.